

Pressemitteilung

Berlin, 11. Mai 2021

**Geschäftsstelle des
Sachverständigenrats für
Verbraucherfragen**

ANSPRECHPARTNERIN	Barbara Leier, LL.M. (Duke Univ.)
HAUSANSCHRIFT	Mohrenstraße 37, 10117 Berlin
POSTANSCHRIFT	11015 Berlin
TEL	+49 (30) 18 580 – 95 55
FAX	+49 (30) 18 580 – 95 25
E-MAIL	leier-ba@bmjv.bund.de

Die Versorgung mit öffentlichen Mobilitätsangeboten ist nicht ausreichend

Sachverständigenrat für Verbraucherfragen (SVRV) diskutiert am 11. Mai Ergebnisse des Gutachtens zur Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher mit der Fachöffentlichkeit

Verbraucherinnen und Verbraucher über alle sozialen Gruppen und Regionen hinweg erleben Versorgungslücken und Belastungen in Bezug auf öffentliche Verkehrsmittel. Insbesondere im ländlichen Raum ist der Zugang zu öffentlichen Verkehrsmitteln ein vielfach genanntes Problem. Es gibt Unmut über zu wenige Bushaltestellen oder nicht mehr bediente Bahnhöfe. Geringe Taktung der Busse und Bahnen erschweren eine flexible Nutzung und eine Verknüpfung verschiedener Routen. Verspätungen und Ausfälle führen dazu, dass Wege länger dauern als notwendig oder geplant, dass Verbraucherinnen und Verbraucher sich nicht auf die öffentlichen Verkehrsmittel verlassen können und bei ihnen Stress entsteht. Zu diesem Ergebnis kommen „Fokusgruppen“, die im Auftrag des SVRV für sein Gutachten zur Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher durchgeführt wurden. Dabei diskutierten in kleinen Gruppen gezielt eingeladene Personen über alltäglichen Bedürfnisse und Herausforderungen hinsichtlich des Themas Mobilität. Das Gutachten wird am 11. Mai 2021 im Rahmen einer virtuellen Veranstaltung mit der Fachöffentlichkeit diskutiert.

Der SVRV begreift öffentliche Mobilitätsangebote als einen unabdingbaren Teil der Daseinsvorsorge. Sie sind notwendig, um chancengleich an der Gesellschaft teilzuhaben und alltägliche Bedürfnisse wie Arbeit, Bildung, medizinische Versorgung oder Lebensmitteleinkauf zu befriedigen.

Prof. Dr. Nina Baur, Mitglied im SVRV und Professorin für Soziologie an der TU Berlin, betont:

„Der öffentliche Verkehr ist immer noch vielerorts keine echte Alternative zum Auto, darunter leiden besonders Verbraucherinnen und Verbraucher, die kein Auto haben, Seniorinnen und Senioren, Jugendliche oder Menschen mit niedrigem Einkommen. Der SVRV empfiehlt daher Maßnahmen, die die Versorgungslücken im öffentlichen Verkehr beseitigen, wie u.a. die Reaktivierung stillgelegter Bahnstrecken, die Prüfung alternativer Finanzierungsmodelle oder die Einführung leicht zugänglicher bedarfsorientierter Angebote.“

Die von der Bundesregierung angestrebte Verkehrswende kann nur gelingen, wenn Verkehrsmittel des Umweltverbundes (zu Fuß gehen, Fahrrad fahren, öffentlicher Verkehr) verbraucherfreundlicher werden. Aus Sicht vieler Verbraucherinnen und Verbraucher sollte vor allem der Fahrradverkehr sichererer

und attraktiver werden. Um diese Anforderungen zu erfüllen, sollte der Bund seine Investitionen in die Radinfrastruktur langfristig erhöhen und den Kommunen finanzielle Mittel zweckgebunden zur Verfügung stellen, denn Maßnahmen für den Radverkehr sollten nicht zu den freiwilligen kommunalen Aufgaben gehören. In den Ballungszentren sollte der Fokus auf einer Neuverteilung des öffentlichen Raums zugunsten des Umweltverbunds liegen und Multimodalität für Verbraucherinnen und Verbraucher erleichtert werden.

Nähere Informationen zur Veranstaltung, das gesamte Gutachten zur Lage der Verbraucherinnen und Verbraucher und diese Pressemitteilung sind ab sofort unter www.svr-verbraucherfragen.de abrufbar.